

**Art. 48** - In Artikel 39 desselben Gesetzes werden die Wörter "Geldstrafe von zweihundert bis zehntausend Euro" durch die Wörter "Geldbuße von 5 bis 250 EUR" ersetzt.

**Art. 49** - In Artikel 41 Absatz 2 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2007, werden die Wörter "eine Meldepflicht," aufgehoben.

**Art. 50** - Artikel 41*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 25. April 2007, wird wie folgt ersetzt:  
"Art. 41*bis* - Mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer Geldbuße von 25 bis 1.000 EUR oder nur einer dieser beiden Strafen wird bestraft, wer gemäß Artikel 24*ter* oder Artikel 41 Gegenstand eines Verbots ist, das Staatsgebiet zu verlassen, und während des Zeitraums dieses Verbots mindestens dreimal dagegen verstoßen hat."

**Art. 51** - In Artikel 43 Absatz 2 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2007, wird das Wort "Sicherheitsbeauftragten" durch die Wörter "bevollmächtigten Sicherheitsbeauftragten" ersetzt und werden die Wörter "Artikel 10 Nr. 2" durch die Wörter "Artikel 10 § 1 Nr. 2" ersetzt.

**Art. 52** - Artikel 43*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 25. April 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "Artikel 10 Nr. 8" durch die Wörter "Artikel 10 § 1 Nr. 5" ersetzt und wird das Wort "Sicherheitsbeauftragten" durch die Wörter "bevollmächtigten Sicherheitsbeauftragten" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort "Sicherheitsbeauftragte" durch die Wörter "bevollmächtigte Sicherheitsbeauftragte" ersetzt.

**Art. 53** - In Artikel 44 Absatz 3 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2007, werden die Wörter "nach Anhörung des Betroffenen, außer wenn diese Anhörung aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist," aufgehoben.

**Art. 54** - Artikel 45 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter "des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens" werden jeweils durch die Wörter "der Datenschutzbehörde" ersetzt.

2. In Absatz 4 wird das Wort "Sicherheitsbeauftragten" durch die Wörter "bevollmächtigten Sicherheitsbeauftragten" ersetzt.

**Art. 55** - In Artikel 45*bis* Absatz 2 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 2003, werden die Wörter "dem Ausschuss für den Schutz des Privatlebens" durch die Wörter "der Datenschutzbehörde" ersetzt.

**Art. 56** - Vorliegendes Gesetz tritt am 1. Juni 2018 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 3. Juni 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Sicherheit und des Innern  
J. JAMBON

Der Minister der Justiz  
K. GEENS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz  
K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2018/32496]

30 JULI 2018. — Wet tot oprichting van lokale integrale veiligheids-  
cellen inzake radicalisme, extremisme en terrorisme. — Duitse  
vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van  
30 juli 2018 tot oprichting van lokale integrale veiligheidscellen inzake  
radicalisme, extremisme en terrorisme (*Belgisch Staatsblad* van 14 sep-  
tember 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse  
vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2018/32496]

30 JUILLET 2018. — Loi portant création de cellules de sécurité  
intégrale locales en matière de radicalisme, d'extrémisme et de  
terrorisme. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi  
du 30 juillet 2018 portant création de cellules de sécurité intégrale  
locales en matière de radicalisme, d'extrémisme et de terrorisme.  
(*Moniteur belge* du 14 septembre 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction  
allemande à Malmédy.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2018/32496]

**30. JULI 2018 — Gesetz zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 30 Juli 2018 zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

**30. JULI 2018 — Gesetz zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus**

PHILIPPE, König der Belgier,  
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenkammer hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

**Artikel 1** - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

**Art. 2** - Die Bürgermeister richten ein Büro für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus ein, nachstehend "BLIS R" genannt. Das BLIS R hat zum Ziel, in Buch II Titel *Iter* des Strafgesetzbuches erwähnte terroristische Straftaten zu verhüten.

Im Hinblick auf das gemeinsame Erreichen dieses Ziels können zwei oder mehr Bürgermeister ein gemeinsames BLIS R für das Gebiet aller Gemeinden einrichten, für die sie zuständig sind.

**Art. 3** - § 1 - Ein BLIS R setzt sich zusammen aus:

- dem Bürgermeister und/oder dem von ihm bestimmten Vertreter,
- dem Korpschef und/oder dem von ihm bestimmten Vertreter der lokalen Polizei, der Inhaber einer Sicherheitsermächtigung mindestens der Stufe "geheim" aufgrund des Gesetzes vom 11. Dezember 1998 über die Klassifizierung und die Sicherheitsermächtigungen, —bescheinigungen und —stellungennahmen ist,
- dem Gemeindebeamten, der für die Koordination, Unterstützung und Begleitung der verschiedenen von der Gemeinde getroffenen Vorbeugungsmaßnahmen zuständig ist.

Zudem nehmen folgende Personen aufgrund des Beitrags, den sie durch ihre Funktion auf Ebene der lokalen geografischen Einheit zur gezielten und individualisierten Überwachung von Personen, die Anzeichen eines Radikalisierungsprozesses im Sinne von Artikel 3 Nr. 15 des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 über die Nachrichten und Sicherheitsdienste aufweisen, leisten können, auf Aufforderung des Bürgermeisters an dem BLIS R teil:

- die Personalmitglieder der Gemeinde oder anderer Dienste, die auf kommunaler Ebene arbeiten,
- die Mitglieder der Dienste, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaften und Regionen fallen und die von den jeweiligen Behörden durch oder aufgrund eines Dekrets beziehungsweise einer Ordonnanz dazu bevollmächtigt werden.

§ 2 - Die Bürgermeister erstellen eine Liste der Fälle, für die Anzeichen bestehen, dass sich ein Individuum in einem Radikalisierungsprozess im Sinne von Artikel 3 Nr. 15 des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 über die Nachrichten und Sicherheitsdienste befindet, und die im BLIS R besprochen werden, insbesondere auf der Grundlage von Informationen, die sie bei allen Diensten einholen können, die sie als relevant erachten, einschließlich der in § 1 erwähnten Teilnehmer. Das BLIS R kann ein Verfahren zur individualisierten Überwachung für jedes dieser Individuen ausarbeiten und befolgen.

**Art. 4 - § 1** - Der Korpschef und/oder der von ihm bestimmte Vertreter der lokalen Polizei, der in Artikel 3 erwähnt ist, kann den Mitgliedern des BLIS R die in Artikel 1 Nr. 15 des Königlichen Erlasses vom 23. April 2018 über die gemeinsame Datenbank Hasspropagandisten und zur Ausführung bestimmter Bestimmungen von Kapitel IV Abschnitt 1bis "Informationsverwaltung" des Gesetzes über das Polizeiamt und in Artikel 1 Nr. 12 des Königlichen Erlasses vom 21. Juli 2016 über die gemeinsame Datenbank Foreign Terrorist Fighters erwähnte Informationskarte der Personen übermitteln, deren Fall gemäß Artikel 3 § 2 im BLIS R zur Besprechung vorgelegt wird.

§ 2 - Der Korpschef und/oder der von ihm bestimmte Vertreter der lokalen Polizei, der in Artikel 3 erwähnt ist, kann den Vertretern der in Artikel 44/11/3ter § 1 des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt erwähnten Dienste, die für die geografische Zone des betreffenden BLIS R zuständig sind, nach einvernehmlicher Zustimmung aller tatsächlich an der Versammlung des BLIS R teilnehmenden Mitglieder ein Feedback-Blatt einer Person übermitteln, deren Fall gemäß Artikel 3 § 2 im BLIS R zur Besprechung vorgelegt wird. Das Feedback-Blatt enthält eine Bewertung der Überwachung im BLIS R. Das Feedback-Blatt enthält keine Geheimnisse, die während der Konzertierung preisgegeben werden.

§ 3 - Die Verarbeitung personenbezogener Daten über die Personen, deren Fall gemäß Artikel 3 § 2 im BLIS R besprochen wird, ist nicht erlaubt, vorbehaltlich der im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen.

**Art. 5** - Das BLIS R ist eine Konzertierungsstruktur im Sinne von Artikel 458ter des Strafgesetzbuchs.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Ile-d'Yeu, den 30. Juli 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Sicherheit und des Innern  
J. JAMBON

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz  
K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2018/15166]

**30 JULI 2018.** — Wet tot wijziging van diverse bepalingen betreffende een uitreisverbod, de aflevering, ongeldigverklaring en intrekking van reisdocumenten en identiteitsdocumenten voor niet-ontvoogde minderjarigen. — Erratum

In het *Belgisch Staatsblad* van 23 november 2018, nr. 274, bladzijde 89256, dient in de Nederlandstalige versie van artikel 4 "Artikel 1253ter/4" te worden gelezen in plaats van "Artikel 1253/4".

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2018/15166]

**30 JUILLET 2018.** — Loi modifiant diverses dispositions relatives à une interdiction de sortie du territoire, la délivrance, l'invalidation et le retrait de documents de voyage et de documents d'identité pour des mineurs non émancipés. — Erratum

Au *Moniteur belge* du 23 novembre 2018, n° 274, p. 89256, dans la version néerlandaise de l'article 4, il faut lire « Artikel 1253ter/4 » au lieu de « Artikel 1253/4 ».

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2018/32495]

**5 OKTOBER 2018.** — Koninklijk besluit tot wijziging van sommige bepalingen betreffende bepaalde leidende ambten bij de politiediensten. — Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 1 tot 8 en 15 tot 18 van het koninklijk besluit van 5 oktober 2018 tot wijziging van sommige bepalingen betreffende bepaalde leidende ambten bij de politiediensten (*Belgisch Staatsblad* van 12 oktober 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2018/32495]

**5 OCTOBRE 2018.** — Arrêté royal modifiant certaines dispositions concernant certaines fonctions dirigeantes des services de police. — Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 1 à 8 et 15 à 18 de l'arrêté royal du 5 octobre 2018 modifiant certaines dispositions concernant certaines fonctions dirigeantes des services de police (*Moniteur belge* du 12 octobre 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2018/32495]

**5. OKTOBER 2018** — Königlicher Erlass zur Abänderung einiger Bestimmungen in Bezug auf bestimmte leitende Funktionen innerhalb der Polizeidienste — Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 1 bis 8 und 15 bis 18 des Königlichen Erlasses vom 5. Oktober 2018 zur Abänderung einiger Bestimmungen in Bezug auf bestimmte leitende Funktionen innerhalb der Polizeidienste.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.